

3. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 29. August 1919,

Die Kriegswohnhäuser auf der Sohmelz.

Der Gemeinderat hat seinerseits unter den Massnahmen zur Behebung der Wohnungsnot nach dem Kriege für eine längere Uebergangszeit die Errichtung von Kriegswohnhäusern mit einer Bestanddauer von 20 Jahren binnen 6 Monaten nach Friedensschluss genehmigt. Die Kriegswohnungen sollen nach diesem Beschluss möglichst in einstöckigen Gebäuden in Siedlungen und im Interesse der Kostenersparnis nach gleichförmigen Typen und unter Verwendung Materialsparender Bauformen, errichtet werden. Die erste Siedelung ist bekanntlich auf eine nicht für die ständige Verbauung der Sohmelz im Umfange von tausend Wohnungen geplant und hat, wie StR. Siegel in der heutigen Sitzung berichtete, das Stadtbaumamt nunmehr die notwendigen Vorarbeiten beendet. Als Baugrund ist ein Grundteil der Sohmelz im Ausmasse von rund 100.000 Quadratmeter bestimmt, welcher nach langwierigen Verhandlungen vom liquidierenden Kriegsministerium unkündbar auf die Dauer von 30 Jahren, gegen einen jährlichen Anerkennungszins von K 1 gepachtet werden soll. Dieses Pachtverhältnis kann über Verlangen der Gemeinde um 10 Jahre verlängert werden, wenn nach der Lage des Wohnungsmarktes und dem Zustande der Baulichkeiten die weitere Belassung dieser Siedelung im öffentlichen Interesse gelegen. Die Gemeinde verpflichtet sich über Verlangen des Staatsamtes für Heerwesen, spätestens aber mit Ablauf der Pacht-dauer, den Grund um den Pauschalbetrag von höchstens 800.000 K zu kaufen. Ueber diese Pachtbedingungen wurde aber bisher trotz mehr-facher Betreibungen ein Abschluss noch nicht erzielt. Es sei aber, wie der Referent betonte, immerhin begründete Aussicht vorhanden, endlich zum Abschlusse dieses Pachtvertrages zu gelangen, umso-mehr, als sich auch der Vorsitzende des Wohnungsfürsorgeausschus-ses StR. Dr. Scheu persönlich bemüht, diese Angelegenheit in den Staatsämtern zu betreiben und einer entsepphenden Erledigung zu-zuführen. Eine der wichtigsten Massnahmen für die Durchführung war die Sicherstellung der Baustoffe, da die, für die Siedelung notwendig gewesen, rund 14 Millionen Ziegel unter den derzeitigen Verhältnissen unmöglich beschafft werden können, wurde nach ge-lungenen Versuchen mit Schlaakenbeton, Hohlsteinen, die Erzeugung dieser Steine bei verschiedenen grossen Firmen in Auftrag gegeben und in der Herstellung begriffen, sodass der Bedarf für die gesam-te Siedelung im Grossen und Ganzen gedeckt ist. Für die Zwischen-wände kommen Leichtbeton-Wandplatten in Betracht; von den erfor-derlichen 60.900 Quadratmeter sind bereits 35.000 Quadratmeter hergestellt. Die erforderlichen Fenster und Türen nebst den Be-

schlüssen sind ebenfalls fast zur Gänze fertiggestellt. Auch für das notwendige Glas wurde bereits vorgesorgt. Da für die Dachein-deckung die erforderlichen 1.900.000 Stück Dachziegel ebenfalls nicht beschafft werden konnten, wurden hierfür 5.000 Qua-dratmeter Wellpappe aus der Fabrik in Hirschwang erworben. Die Zufuhr der Baustoffe wird auf einem Verbindungsgeleise der Strassen-bahn von der Hütteldorferstrasse erfolgen. Die Baugrundlagen sind also so weit fertig, dass an die Ausschreibung des grössten Theiles der Arbeiten geschritten werden kann.

Also im Ganzen sollen 53 Kriegswohnhäuser und 390 Wohnungen errichtet werden. Mit Rücksicht auf die horrenden Material-preise und die erhöhten Lohnforderungen stellen sich die Kosten für eine Wohnung auf 80.000 K und dabei war die Herstellung zu diesem Preise nur möglich, weil die Baustoffe aus früherer Zeit stammen. Selbstredend wird aber die Gemeinde die Wohnungen zu den normalen Wohnpreisen vergeben und wird der Jahreszins einer Wohnung, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche 3.900 K betragen, einer solchen aus Zimmer, 2 Kammern und Küche 5.200 K und einer Wohnung bestehend aus 2 Zimmern, Kammer und Küche 6.500 K. Die Mehrkosten werden, wie in so vielen anderen Fällen, auch in diesem Falle aus allgemeinen Mitteln ver-tragen. Im heurigen Jahre werden noch rund 14 Häuser benützungsfähig hergestellt werden, die übrigen Häuser könnten im ersten Halbjahre 1920 fertiggestellt sein. Natürlich wird die Herstel-lung der Hausgärten, zweier grosser Spiel-parks, der Verbindungs-bauten zwischen den einzelnen Gruppen, vielleicht auch ein Teil der Strassenbauten und der Alleespflanzungen noch zurückbleiben, im Grossen und Ganzen aber wird die Siedelung bewohnbar sein.

Der Referent betonte sodann noch, dass die finanzielle Be-lastung, die die Gemeinde Wien mit diesen Bauten übernimmt, ganz bedeutend ist. Allein mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungs-not und in Berücksichtigung des Umstandes, dass die zu erbauenden Kriegshäuser in jeder Beziehung der modernen Auffassung des Kleinwohnungsbaues entsprechen und da die gesamte Siedelung über-dies durch reichliche Gartenanlagen und der Errichtung von Spiel-wiesen nach Aussen hin ein gefälliges Bild bieten werde, wolle man dennoch an die Schaffung dieser Kleinwohnungen schreiten. Auch der Umstand, dass auf diese Weise vielen Kinder-reichen Familien Unterkunft gegeben werden könne, dürfe nicht ausser Acht gelassen werden.

Das ursprüngliche Projekt für 11.030 Wohnungen hätte Kosten im Betrage von 25 Millionen erfordert. Das gegenwärtige sei auf ein Drittel reduziert, dennoch stelle sich aber sein Preis in-folge der mittlerweile wieder eingetretenen Erhöhungen der Materi-alpreise auf 33 Millionen Kronen.

Schliesslich beantragte der Referent eine allgemeine Preis-ausschreibung zur Gewinnung von Anboten auf die verschiedenen Arbeiten zu erlassen und bezüglich jener Häusergruppen, die noch heuer fertiggestellt werden sollen, den Anbotstellern besondere Bedingungen für die Einhaltung des Liefertermines vorzuschreiben.

In der Wechselrede, die sich an das Referat knüpfte, wies StR. Schmid ebenfalls auf die finanziellen Bedenken hin, die der Ausführung des Projektes entgegen ständen. Er sei aber der Mei-nung, dass man in diesem Falle, so sehr man auch bestrebt sein müsse, die Finanzen der Stadt zu sanieren, von diesen Bedenken Abstand nehmen müsse, im Hinblick auf den Zweck der zu erbauenden Häuser. Wenn auch eine Wohnung derselben auf 80.000 K komme und ein Zins von 4.000 K dafür bezahlt werden müsse, so müsse er doch sagen, dass die Wohnungsnot dessen ungeachtet gebieterisch die Errichtung solcher Wohnhäuser verlange, ja er glaube, dass die Gemeinde geradezu verpflichtet sei, in der Wohnungsfrage alles notwendige vorzunehmen, weshalb finanzielle Bedenken keine Rolle spielen dürften. Man sage freilich, man wisse nicht, wie lange die Wohnungsnot bestehen und dass eine Abwanderung eintreten werde, allein schliesslich könne letzteres Niemand beweisen. Ein weiterer Grund, warum er dafür sei, sei, dass Kleinwohnungen ge-schaffen werden, mit allen modernen Einrichtungen und dass die Anlage zweifellos ein hübsches Bild bieten werde. Gut sei auch, dass die Baustoffe bereits sicher gestellt seien. Endlich müsse man auch im Auge behalten, dass, wenn auch jetzt durch Vergabung von Instandsetzungsarbeiten das Baugewerbe gut beschäftigt sei, diese Arbeiten nur eine kurze Zeit dauern werden, und dann wieder, nachdem an eine private Bautätigkeit nicht zu denken sei, Arbeit und Verdienst auf dem Gebiete des Bauhandwerkes, geschaffen werden müsste.

StR. Breitner hob hervor, dass er sich als Budgetreferent, die finanziellen Bedenken, die auftauchten, nicht zu eigen machen könne.

Es sei unbedingt notwendig, dass auf diesem Gebiete etwas ge-schehe und überdies sei man in dieser Frage bereits soweit ge-gangen, dass ein Rückzug für die städtischen Finanzen zum min-dest ebenso ruhmlos wäre, als wenn man weiter fortschreite. Es würden gute gesunde Wohnungen, die ein gefälliges Aeusserer zei-gen, geschaffen werden und es werde von der Bevölkerung sicher auch als eine Leistung gewertet werden.

StR. Vaugin trat ebenfalls für die Ausführung der Häuser in Hinblick auf die herrschende Wohnungsnot ein und auch aus dem Grunde, weil es sich um Wohnungen handle, die vor allen Invali-den und Heimkehrern zu Gute kommen sollen. Trotz der finanziel-len Bedenken, die nicht von der Hand zu weisen seien, werde deshalb für die Referentenanträge stimmen.

StR. Müller (12. Bezirk) sprach den Wunsch aus, dass bei der Vergebung der Wohnungen nur kinderreiche Familien berücksichtigt werden sollen, da die Not der Leute an solchen Wohnräumen sei in den ehemaligen Vororten geradezu entsetzlich.

VB. Winter trat dafür ein, dass die beiden in Aussicht genom-menen Spielplätze zusammen gelegt werden mögen, damit für die grosse Zahl der Kinder, die diese Plätze besitzen werden, eine in sanitärer Beziehung entsprechender Erholungsort geschaffen werde.

Frau StR. Seidl gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Ge-meinde verpflichtet sei, solche Kleinwohnungen zu schaffen. Des-halb seien auch alle finanziellen Bedenken aus dem Felde zu schlagen. Besonders sympathisch sei ihr der Umstand, dass beim Projekte in grosszügiger Weise für die Zwecke der Kinderfür-sorge vorgesorgt worden sei.

StR. Dr. Grün bezeichnete mit Rücksicht darauf, dass in sa-nitärer und hygienischer Beziehung vollkommen einwandfreie Woh-nungen geschaffen werden sollen, die Kosten als nicht ausschlag-gend. Sie müssten als ein Kulturaufwand angesehen werden und deshalb müsse man sich der Tragung derselben entschliessen.

Nach einem kurzen Schlussworte des Referenten wurden dessen Anträge angenommen.

Errichtung von Kinderspielplätzen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete VB. Winter über die Schaffung von Kinderspielplätzen im Simmeringer-Park und im Türkenschanz-Park. Seine diesbezüglichen Anträge wurden angenommen.